

Quelle

P2L 314F5

Datum

23. Feb. 1979

9

Teherans Regierungschef Bazargan

947701

Kein Talent zum Robespierre

Der Ministerpräsident des Ajatollah führt ein Kabinett der Kontinuität / Von Josef Joffe

spierre

Schapur Bachtiar gab sich selbstsicher, als er Anfang dieses Jahres die Militärregierung in Teheran ablöste: „Ich werde kein iranischer Kerenski sein.“ Er wurde es doch — und viel schneller als sein glückloser russischer Vorgänger, der nach der Abdankung des Zaren immerhin ein halbes Jahr lang die Regierungsgeschäfte in St. Petersburg geführt hatte. Der Machtkampf mit Chomeini dauerte nur 45 Tage; dann wurde Bachtiar gestürzt.

Freilich: Weiter geht der Vergleich zwischen 1917 und 1979 nicht. Im März 1917 waren die Bolschewiken von Anfang an die eigentlichen Machthaber in Rußland; im Februar 1979 sind die iranischen Ultralinken, vorneweg die Volks-Fedajin, noch immer im Abseits — trotz sporadischer Schießereien. „Wir sind stark genug, mit diesen Banditen fertig zu werden“, ließ der streitbare Ajatollah Anfang dieser Woche wissen. Ein Lenin, geschweige denn ein Stalin, ist im Iran noch nicht in Sicht. Im Gegenteil: Die Regierung des Ministerpräsidenten Mehdi Bazargan besteht zu einer Hälfte aus blassen Technokraten, zur anderen aus altgedienten Nationalisten und Sozialdemokraten, die wie der Premier und sein alter Freund Bachtiar aus den Reihen der „Nationalen Front“ stammen und ihre ersten politischen Weihen in der Ära Mossadeq empfangen haben.

Vielleicht wäre heute sogar Schapur Bachtiar Ministerpräsident — wenn er sich nicht als Shah-Statthalter kompromittiert hätte. Er war ein langjähriger Gegner des Pahlevi-Regimes; er galt als tapfer und absolut unbestechlich — als Patriot, der die Macht übernommen hatte, um das Land vor der Anarchie oder einem neuen Despotismus zu bewahren. Aber er mußte gehen, weil er Chomeini und dessen islamischen Visionen im Wege stand.

Doch die blutige Pauschalabrechnung mit den Stützen des Schahregimes ist bis jetzt ausgeblieben; die „revolutionäre Gerechtigkeit“ waltet vorläufig noch nach einem Ausleseverfahren. In der vorigen Woche wurden drei hohe Militärs und der verhaßte Ex-Chef der Savak, Nematollah Nassiri, von einem hastig zusammengerufenen „Revolutionsgericht“ zum Tode verurteilt. Die Entscheidung fiel in der Schule, die Chomeini als Hauptquartier requiriert hatte. Minuten später wurden die vier auf das Schuldach getrieben, wo sie unter dem Geschrei der Menge („Wir wollen töten!“) hingerichtet wurden. In der selben „Verhandlung“ — sie fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit und ohne Rechtsbeistand statt — wurden noch 26 andere Größen des alten Regimes im Blitzverfahren abgeurteilt. Ihre Hinrichtung wurde zunächst ver-

schoben — vielleicht mit Rücksicht auf den Besuch des Palästinenser-Führers Yassir Arafat, der nach Teheran gekommen war, um mit Chomeini die gesamtislamische Solidarität zu zelebrieren, und der wohl auch geladen war, um die Linken zu beruhigen. Zur selben Zeit übernahm die PLO das Gebäude, das den ausgewiesenen Israelis als Defacto-Botschaft gedient hatte.

„Dies ist nur der Anfang“, kommentierte Sadegh Ghobzadeh, der neue Chef des iranischen Rundfunks NIRT, die Hinrichtungen und die Verhaftungen von insgesamt 250 „Revolutionsfeinden“. Dienstag früh wurden vier weitere Generale hingerichtet, unter ihnen der Kommandant der kaiserlichen Garde — der „Unsterblichen“ —, General Amin Afshar. Ob diesen tastenden ersten Schritten des neuen Regimes doch noch der Jakobiner-Terror folgen wird?

Nicht, wenn es nach dem Willen des Mehdi Bazargan und seiner Regierungshilfen geht. Der 70jährige Diplomingenieur, der trotz Chomeinis bekannter Abneigung gegen solch westliches Teufelszeug wie Krawatten noch immer mit modischem Halsgebilde auftritt, paßt kaum in die Rolle eines Robespierre. Er hat ein Vierteljahrhundert lang gegen Reza Pahlevi gekämpft, aber er war biegsam und klug genug, um Folter und Gefängnis zu überleben. Er ist zutiefst religiös, aber wie viele seiner Generation, die im Westen studiert haben, brachte er die Religion der europäischen Aufklärung — den Glauben an Freiheit, Gleichheit und Toleranz — mit in seine persische Heimat zurück.

Bazargan hat wohl die Spitzen der Armeeführung ausgewechselt, doch er scheint weit davon entfernt, eine revolutionäre Gegenarmee nach trotzkischem Vorbild aufbauen zu wollen. Zum neuen Stabschef und Interims-Verteidigungsminister wurde ein alter Schahgegner und Antikommunist, General Mohammed Qarani, ernannt, der — so der Konsensus der westlichen Militärattachés in Teheran — die Unterstützung des Offizierscorps genießt. Die „mas-

sive Säuberung und vollständige Umorganisation“ der Streitkräfte — wie die monotone Forderung der linken Guerillagruppen lautet — findet nicht statt, aus gutem Grund.

Allen Befürchtungen zum Trotz hatte die Armee nach Chomeinis Rückkehr aus Frankreich keinen Putsch gewagt. Vielleicht war es Besonnenheit, vielleicht auch nur das Bewußtsein ihrer Schwäche, das die Generäle gezügelt hat. Auf jeden Fall bleibt die Armee ein Machtfaktor, auf den das Regime nicht verzichten kann. Rund 70 000 Feuerwaffen befinden sich noch immer in privaten Händen, in Teheran beschließen sich noch immer rivalisierende Grup-

Quelle

Datum

23. Feb 1979 9

947702

2

pen der Linken, und im Nordwesten des Landes rüsten sich die Kurden zur Sezession. „Solange der Schah noch hier war, hatten wir dieselben Ziele wie Chomeini“, meinte jüngst ein Führer der radikal-marxistischen Volks-Fedajin in Teheran. „Heute aber stimmen unsere Ziele nicht mehr überein.“ Es droht keine „weiße“ Konterrevolution, sondern die Revolte von links und der Zerfall der nationalen Einheit. Das Chomeini-Bazargan-Regime muß die Armee auf seine Seite ziehen, um für den Ernstfall gerüstet zu sein.

Um sich den Rücken auch im Ausland freizuhalten, bemüht sich Bazargan nach Kräften um das Wohlwollen der Amerikaner. Als die Volks-Fedajin in der Vorwoche die amerikanische Botschaft stürmten, entsandte er sogleich regime-treue Milizen zur Entlastung. Gegenüber einem Korrespondenten von *Newsweek* gab er zu, daß ihm dieser Angriff „sehr, sehr leid“ getan hätte. „Wir haben freundschaftliche Beziehungen zu den Vereinigten Staaten gehabt, und wir möch-

ten in Zukunft freundschaftliche Beziehungen zu Amerika und allen anderen Ländern der Welt pflegen.“ Auch das Öl soll demnächst wieder fließen — „in alle Teile der Welt“. An dem von Chomeini mehrfach verkündeten Exportstopp für Israel und Südafrika wird sich freilich nichts ändern.

Schon die Ernennung von Karim Sandschabi zum Außenminister sollte ein Signal an den Westen setzen — als Garant einer gemäßigt-nationalistischen Diplomatie. Einst Kulturminister unter Mossadeq, ist der 74 Jahre alte Sandschabi der Führer der bürgerlichen „Nationalen Front“, einer losen Koalition von Liberalen, Sozialisten, der auch Bazargan angehört (Bachtiar wurde ausgestoßen, nachdem er den Ministerpräsidentenposten angenommen hatte). Nach Ausbruch der Anti-Schah-Unruhen Anfang des vorigen Jahres stieg Sandschabi bald zum meistgehandelten Kompromißkandidaten für die Regierungsführung auf. Reza Pahlavi ließ ihn erst verhaften, nachdem er im November nach Paris gepilgert war, um dort zusammen mit Chomeini die Abdankung des Schahs zu fordern.

Sandschabis engster Vertrauter, der 50 Jahre alte Dariusch Forouhar, wurde zum Arbeitsminister ernannt. Ein bekannter Bürgerrechts-anwalt, der 59 Jahre alte Ahmad Dschavadi, übernahm das Innenministerium, das für Wahlen und Polizei zuständig ist. Der neue Handelsminister Reza Sadr hat jahrelang als Geschäftsmann in New York gelebt. Ein pensionierter Richter wurde Justizminister. Auch der neue Finanzminister läßt kaum einen radikalen Umbruch erwarten: Ali Ardalan war zuvor als hoher Beamter in dem Ressort tätig, das er nun als Minister führen wird. Es ist ein Kabinett, das Kontinuität unterstreichen soll. „Diese Regierung ist wie das Pahlavi-Regime. Nur der Name hat sich geändert“, meinte eine radikale Studentin an der Universität von Teheran. Sie hat wohl nicht ganz unrecht.

Denn diese Regierung ist alles andere als links-radikal. Der Tenor ist streng antikommunistisch. Als Bazargan nach der Zukunft der kommunistischen Tudeh-Partei befragt wurde, antwortete er schlicht: „Nach dem geltenden Recht ist die Tudeh eine verbotene Partei, und wir werden uns an dieses Recht halten.“ Und die „Islamische Republik“, über die das Volk innerhalb der nächsten zwei Monate abstimmen soll? Diese Frage beantwortete Karim Sandschabi ironisch lächelnd mit einer Tautologie: „Im Iran lebt eine moslemische Mehrheit, also wird auch die zukünftige Republik notgedrungen **Weise** einen islamischen Charakter haben.“

Am guten Willen von Bazargan und Genossen läßt sich kaum zweifeln, aber die wirklichen Fragen bleiben nach wie vor unbeantwortet: Kann Chomeini die radikal-revolutionären Geister, die er gerufen hat, wieder vertreiben? Und wenn ja, wird es den Gemäßigten um Bazargan und Sandschabi gelingen, ihren demokratischen Reformkurs gegenüber der radikal-religiösen Geistlichkeit durchzusetzen?

2 a